

Bedingt bündniswillig

Mit ihrer Fähigkeit zur Bildung von Allianzen haben die USA über Jahrzehnte ihre Rolle als Supermacht gefestigt – Das einst stabile System ist inzwischen brüchig

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben sich die USA als die überragende Supermacht etablieren können. Bis heute dominiert Washington alle weltpolitischen Rivalen, auch wenn im globalen Wettbewerb mit der Volksrepublik China der Vorsprung kleiner geworden ist. Die Machthaber in Peking holen immer mehr auf, nicht zuletzt auf technologischem und militärischem Gebiet.

Doch auf einem der wichtigsten Felder der internationalen Politik konnte bisher kein Konkurrent gleichziehen: Wie noch nie in der Weltgeschichte gelingt es den USA seit Jahrzehnten, ein solides, wenn auch teures Netzwerk enger Alliierten aufrechtzuhalten. Die 32 Mitgliedsländer der Nato, die 27 EU-Staaten, so hoch entwickelte Länder wie Japan, Südkorea, Australien und viele weitere Nationen unterhalten engste Beziehungen zu Washington. Auch die enge geheimdienstliche Zusammenarbeit der „vier Augen“ (USA, Großbritannien, Australien, Neuseeland) gehört dazu – samt den neuen, für die indopazifische Region entwickelten lockeren Bündnissen Aukus und Quad. All diese Allianzen stärken die Militär- und Wirtschaftskraft der USA gewaltig.

Nach wie vor sind die Handelsbeziehungen mit den transatlantischen Verbündeten erheblich größer als der Handel der USA und der EU mit China. Das transatlantische Handelsvolumen macht etwa ein Drittel des gesamten Welthandels aus. Auch erlauben Partner wie Japan, Südkorea und die Philippinen den USA, amerikanische Truppen in ihren Ländern zu stationieren. Insgesamt unterhalten die USA mindestens 750 Militärbasen in mehr als 80 befreundeten Ländern. Gelegentlich können die USA dort sogar Nuklearwaffen vorhalten. Die alleinige Oberhoheit über deren Einsatz liegt immer beim US-Präsidenten.

„Beim Zusammenhalt ihrer Allianzen sind sich die USA ihr größter Feind

Doch wie in manch anderen Bereichen sind sich die USA auch beim Zusammenhalt ihrer weit gefächerten globalen Allianzen selbst ihr größter Feind. Schon seit den 1960er Jahren ist es immer wieder zu großen Bündnisrisiken gekommen. Man tritt sich über den Vietnamkrieg, stand sich in den Ölkrisen und den Nahostkrisen der 1970er Jahre skeptisch gegenüber, machte sich gegenseitig Vorhaltungen über die Entspannungspolitik mit Moskau und den Nato-Doppelbeschluss der 1980er Jahre. Die USA waren während des Kalten Krieges auch nur selten in der Lage, sich mit den zunehmenden Ambi-



KLAUS LARRES

ist Professor für Geschichte und internationale Beziehungen an der University of North Carolina/Chapel Hill und Global Fellow am Wilson Center in Washington D.C.

In seiner Kolumne schreibt der gebürtige Schleidener über die USA als Wahlheimat und liebstes Forschungsgebiet

tionen der Europäer zur Bildung einer „dritten Kraft“ in der Weltpolitik anzufreunden. Doch trotz der jahrelangen Differenzen, die einen ersten traurigen Höhepunkt 2003 mit der verfehlten Irakpolitik George W. Bushs erreichten – der große transatlantische Krach kam erst mit der ersten Amtszeit Donald Trumps von 2017 bis 2021.

Trump brach einen Handelskrieg mit der EU vom Zaun und beabsichtigte ernsthaft, die Mitgliedschaft der USA in der Nato aufzukündigen, falls die Europäer nicht viel mehr Geld in ihre Verteidigungspolitik steckten. Zu Angela Merkel hatte Trump besonders schlechte Beziehungen, da er nicht zuletzt ihre Einwanderungspolitik scharf kritisierte und nicht viel von ihrer engen Handels- und Energiepolitik mit Moskau hielt. Auch Deutschlands relativ gute Beziehungen zu Peking beobachtete Trump argwöhnisch.

Joe Biden gelang es dann in den vergangenen vier Jahren, das stark ramponierte westliche Bündnisssystem wieder etwas zu reparieren und die Allianzen in Asien sogar auszubauen. Doch hatte er nur mit Abstrichen Erfolg. Schon beim chaotischen Rückzug aus Afghanistan 2021 kümmerte sich der jahrelang mit Milliarden US-Dollars unterstützte Präsident Ashraf Ghani wenig darum, den heranrückenden Taliban Widerstand zu leisten. Stattdessen setzte er sich früh ab, um die eigene Haut zu retten.

Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu nimmt gerne die riesigen Rüstungslieferungen aus den USA an, ignoriert aber völlig die vielen Aufforderungen Washingtons, im Gaza-Krieg erheblich mehr Rücksicht auf die zivile Bevölkerung zu nehmen. Auch der von Biden als demokratisches Aushängeschild hoffierte südkoreanische Präsident Yoon Suk Yeol schlug alle Lobpreisungen in den Wind, verhängte das Kriegsrecht und versuchte, sich diktatorische Vollmachten zu geben.

Bei den gegen Russland verhängten strengen Sanktionen folgen immer weniger Länder den USA.

Das westliche Allianz- und Bündnisssystem ist angeschlagen und mit ihm die Rolle der USA als dominierende Weltmacht. Nicht zuletzt die weitflächige und recht erfolgreiche anti-westliche Propaganda Russ-

lands und China sowie die starke Beschäftigung der USA mit sich selbst samt einer zunehmend protektionistischen Wirtschaftspolitik haben den Zusammenhalt aufgeweicht. Die Alliierten fühlen sich immer weniger von den USA vertreten. In Europa sprechen viele Länder, nicht zuletzt Frankreich, wenigrealistisch davon, sich von den USA abzukoppeln, um eine „strategische Autonomie“ Europas zu erreichen.

Trump's zweite Amtszeit dürfte das gesamte westliche Bündnisssystem auf eine weitere große Probe stellen. Trump hat schon angekündigt, sich aus der Weltgesundheitsorganisation WHO zurückzuziehen und vieles in der Klimapolitik zurückzuschrauben. Ihm geht es vor allem darum, Kriege und Konflikte schnell irgendwie beizulegen, um

„Trump geht es ganz engstirnig um eine nationalistische »America First«-Politik

die USA aus teuren außenpolitischen Verwicklungen herauszuziehen und sich ganz um das wirtschaftliche Wohlergehen seines eigenen Landes zu kümmern.

Ein weiteres Aufweichen oder gar Zusammenbrechen der amerikanischen Bündnisssysteme hätte aber verheerende Auswirkungen für die ganze Weltpolitik. Statt den Versuchen der Großmächte, recht und schlecht miteinander zu kooperieren, werden wir dann in die kleinstaatige Interessen- und Machtpolitik des 19. Jahrhunderts und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zurückgeworfen. Schon jetzt reden China und Russland euphemistisch einer neuen multilateralen Politik das Wort, bei der angeblich auch die kleinen Nationen – nicht zuletzt die des globalen Südens – ein gleichberechtigtes Mitspracherecht hätten. Doch gemeint ist mit der von Peking und Moskau propagierten Strategie vor allem die Unterminierung der globalen Rolle der USA, einschließlich ihrer weitflächigen Bündnisssysteme, und die Förderung der eigenen machtpolitischen Ambitionen.

Falls nicht alles täuscht, wird Donald Trump es China und Russland leicht machen, ihre Ziele zu erreichen. Trump hat kein Interesse an der Fortsetzung der teuren und komplizierten Bündnispolitik der vergangenen Jahrzehnte. Auch fehlt ihm wohl das nötige Geschick dazu. Trump geht es ganz engstirnig um eine nationalistische „America First“-Politik. Die Verbündeten sind ihm dabei ziemlich egal. Dass die USA dann eine recht einsame und geschwächte Supermacht sein werden, verstehen derzeit nur wenige der Politiker, die in Washington bald das Sagen haben werden.